

Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 03. Sitzung (staatlich)			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16. Dezember 2015	14:35 Uhr	16:00 Uhr	Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. November 2015
- TOP 3 Konstituierung der Deputation für Kinder und Bildung Vorlage L 15/19
Hier: Einrichtung von Deputationsausschüssen
- TOP 4 Jährlicher Bericht zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Alphabetisierung und Grundbildung Vorlage L 16/19
- TOP 5 Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen Vorlage L 17/19
- TOP 6 Bericht zur Besetzung von Referendarstellen zum 01.08.2015 und Ausblick auf den Einstellungstermin 01.02.2016 Vorlage L 18/19
- TOP 7 Verordnung für die Anerkennung einer für das Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Prüfung für dieses Lehramt (VSeiteneinstieg A) Vorlage L 19/19
- TOP 8 Weiterentwicklung der „Verordnung über die Ausbildung der Lehramtsreferendarinnen und –referendare im Vorbereitungsdienst und über die Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter an öffentlichen Schulen Vorlage L 20/19

(Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter – APO-L)
- TOP 9 Verordnung zur Neuregelung von Zuständigkeiten in elementar- und sozialpädagogischen Berufen Vorlage L 21/19

TOP 10 Verschiedenes

Bericht: Umsetzungsstand der Leitungszeitverordnung

Vorlage L 503/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sodann fragt er, ob Änderungswünsche zu der vorgeschlagenen Tagesordnung vorliegen. Dies ist nicht der Fall.

Frau Vogt bittet, künftig größere Vorlagen nicht mehr als Tischvorlagen in die Sitzung einzubringen um eine Vorbereitung der Debatten zu ermöglichen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. November 2015

Zum Entwurf des Protokolls der Sitzung vom 18. November 2015 liegen keine Änderungswünsche vor. Frau Schnittker bittet, den versandten Protokollen künftig die Teilnehmer/innenliste beizufügen.

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Die Deputation genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 18. November 2015.

TOP 3 Konstituierung der Deputation für Kinder und Bildung

Vorlage L 15/19

Hier: Einrichtung von Deputationsausschüssen

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erläutert die im Vorfeld der Sitzung zwischen den Fraktionen getroffene Übereinkunft. Danach sollen die Unterausschüsse zunächst bis zur Hälfte der Legislaturperiode in dem verabredeten thematischen Zuschnitt bestehen und anschließend überprüft werden, ob sich dies bewährt hat. Die Ausschüsse sollen

in der Regel nicht häufiger als einmal pro Quartal zusammenkommen. Zudem müsse im Beschlussvorschlag die Benennung der Wahlperiode von „18.“ in „19.“ geändert werden.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt, für die 19. Wahlperiode die Deputationsausschüsse

- a. Migration
- b. Berufliche Bildung
- c. Frühkindliche Bildung
- d. Inklusion und sonderpädagogische Förderung

einzurichten.

Sodann benennen die Fraktionen die entsandten Mitglieder wie folgt:

Ausschuss	SPD	CDU	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
Migration	Hr. Weigelt Fr. Hanke	Fr. Peters	Frau Müller	Fr. Leonidakis	Fr. Kohlrausch
Berufliche Bildung	Fr. Böschen Hr. Acar	Hr. Dr. vom Bruch	Frau Wargalla	Fr. Strunge	Fr. Kohlrausch
Frühkindliche Bildung	Fr. Krümpfer Hr. Weigelt	Fr. Ahrens	Hr. Dr. Güldner	Fr. Vogt	Fr. Kohlrausch
Inklusion und sonderpäda- gogische Förderung	Fr. Rosenkötter Hr. Jentschke	Fr. Schnittker	Hr. Dr. Güldner	F. Vogt	Fr. Kohlrausch

**TOP 4 Jährlicher Bericht zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Vorlage L 16/19
Alphabetisierung und Grundbildung**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Dr. vom Bruch bewertet den berichteten Sachstand grundsätzlich positiv. Es sei jedoch fraglich, ob sich die Aufteilung der Alphabetisierung auf relativ viele Träger als Vorteil erweise oder als Nachteil. Frau Vogt schließt sich der positiven Bewertung an und bittet um einen Bericht über Alphabetisierungsmaßnahmen für Geflüchtete. Es dürfe jedoch nicht dazu kommen, dass die Alphabetisierungsmaßnahmen zulasten des Mitteleinsatzes für die politische Bildung gingen. Frau Schnittker bittet um Erläuterung, warum in Bremerhaven das Projekt „Alpha Kommunal“ und

die Zusammenarbeit mit der JVA nicht fortgesetzt werden konnten. Frau Böschen bittet um einen Bericht zur Verwendung von BAFÖG-Mitteln für Projekte der Alphabetisierung.

Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch erläutert Frau Senatorin Dr. Bogedan, dass der Mittel-Einsatz in diesem Bereich deshalb nur geschätzt werden könne, weil es sich hierbei zum Teil nicht um öffentliche Mittel handele. Zudem sei dies nicht der Bericht der Senatorin für Kinder und Bildung sondern des Bündnisses für Alphabetisierung, der der Deputation hier zu Kenntnis übermittelt werde. Frau Krümpfer bittet, die Bezeichnung der AWO in dem Bericht zu korrigieren.

Beschluss: (einstimmig)

Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht über die Arbeit des Bündnisses für Alphabetisierung und Grundbildung zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Alphabetisierung und Grundbildung zur Kenntnis.

TOP 5 Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzesvorlage L 17/19 über die Weiterbildung im Lande Bremen

Frau Vogt begrüßt die Aufhebung einer starren grundsätzlich, gibt aber zu bedenken, dass eine Erhöhung der Förderung im Level 2 nicht zulasten des Levels 1 gehen dürfe. Frau Böschen begrüßt die Anpassung als konsequente Weiterentwicklung des Weiterbildungssystems zur Steigerung der Bildungsbeteiligung. Sie bittet um einen Bericht zur Bewertung der Auswirkungen in einem Jahr. Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch, wie die Beteiligung der Träger erfolgt sei, verweist der Vorsitzende auf die in der Vorlage dargestellte Befassung und das Votum des Weiterbildungsausschusses. Herr Dr. Güldner berichtet ferner, es sei auch beraten worden, das 60:40-Verhältnis umzukehren, die nun vorgenommene Flexibilisierung sei aber sinnvoller. Frau Vogt erklärt, sie werde sich bei der Abstimmung enthalten, da sie die Neuverteilung zwar grundsätzlich begrüße, aber einerseits Sorge habe, dass eine Erhöhung der Förderung im Level 2 zu Lasten der politischen Bildung sowie der Grundbildung im Level 1 gehen könne und andererseits die Gesamtfördersumme für zu niedrig erachte.

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt der Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen zu.

TOP 6 Bericht zur Besetzung von Referendarstellen zum 01.08.2015 Vorlage L 18/19 und Ausblick auf den Einstellungstermin 01.02.2016

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt kurz in die Problematik ein. Frau Vogt erklärt, der Bericht benenne die Probleme richtig, es sei nunmehr fraglich, ob sog. Überbuchungen als Maßnahmen ausreichend seien. Es müsse darüber nachgedacht werden, ob die Studienstruktur im Hinblick darauf verändert werden müsse, dass eine Entscheidung über Lehramt oder fachwissenschaftliche Ausrichtung erst nach dem Bachelor erfolgen solle. Herr Dr. vom Bruch dankt für den Bericht und gibt zu bedenken, dass es künftig grundsätzlich immer mehr das Problem werde, die Menschen für die angebotenen Stellen zu finden. Er bittet um einen Bericht zu den von Bremerhaven unternommenen Maßnahmen zur Gewinnung von Referendaren und Lehrkräften. Frau Böschen stellt fest, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschärft habe. Es sei richtig, wenn nunmehr die Strukturen in den Blick genommen sowie über Möglichkeiten nachgedacht würde, die Rahmenbedingungen zu verbessern und Anreize zu schaffen. Herr Dr. Güldner hält die „Überbuchung“ grundsätzlich für sinnvoll, weist aber auf den dann erforderlichen Ausgleich in den Folgedurchgängen hin. Der Personalrat Schulen halte es für sinnvoll, bei freibleibenden Plätzen auch solche Bewerber/-innen aufzunehmen, deren Fächerkombination nach der KapVO nicht oder nicht in dem Umfang benötigt würden. Frau Vogt erklärt, ihres Erachtens müssten sowohl die Kapazitäten im Referendariat als auch im Studium ausgeweitet werden.

Frau Senatorin Dr. Bogedan dankt für die vielen verschiedenen Anregungen. Man habe es hier allerdings mit dem Problem eines Aufeinandertreffens von Planwirtschaft (vorgegebene Platzkapazitäten und –Ausrichtungen) und freiem Markt (Nachfrage der Studienabsolvent/-innen) zu tun. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. vom Bruch erläutert sie, dass auch die anderen Bundesländer derartige Probleme hätten. Bremen stehe aufgrund seiner Attraktivität als Stadtstadt noch vergleichsweise gut da. Die Gründe für die Absagen der Bewerber seien vielfältig, das LIS habe bereits begonnen, diese zu untersuchen. Da „Überbuchungen“ allein nicht ausreichend seien, werde man die Strukturen zusammen mit der Universität und der Wissenschaftssenatorin stärker in den Blick nehmen. Auf die Frage von Herrn Dr. Güldner erklärt Herr Huesmann, eine Aufnahme zusätzlicher Referendar/-innen erfordere eine ressourcenwirksame Steigerung der Kapazitäten am LIS. Auf die Frage des Personalrates Schulen führt es aus, dass auch die über den Vertretungspool eingestellten Kräfte ab dem 01.02. verbeamtet werden könnten.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erklärt abschließend, die Anregung, in den Oberstufen verstärkt für den Lehrerberuf zu werben, nehme man gern auf.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Besetzung der Referendarstellen zur Kenntnis.

TOP 7 Verordnung für die Anerkennung einer für das Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Prüfung für dieses Lehramt (VSeiteneinstieg A)

Frau Böschen begrüßt die Vorlage und fragt nach den Gründen für die Ablehnung von 45 der 99 gestellten Anträge. Hierauf erläutert Frau Dr. Buhse, dass es sich bei den von den betroffenen Antragsteller/-innen studierten Fächer nicht um Mangelfächer gehandelt habe. Auf die Frage von Frau Vogt führt sie aus, dass 2 Fächer verpflichtend seien, da es sich hier um die Eingangsvoraussetzung zur Aufnahme des Referendariats (und noch nicht um die Aufnahme einer Lehrtätigkeit) handele. Für die Begrenzung der Verpflichtung auf nur ein Fach wäre eine umfangreiche Rechtsänderung erforderlich. Die Zulassungsbedingung auf Master-Niveau entspreche dem KMK-Standard. Auf Nachfrage des Personalrates Schulen Bremerhaven erläutert sie, der Nachweis der Sprachkompetenz auf dem Niveau C2 sei notwendig, da dieser für den Lehrberuf insgesamt gälte. Es sei aber möglich, diese Kompetenzstufe erst im Laufe der Ausbildung zu erreichen, sofern der/die Bewerber/-in zu Beginn über Kenntnisse auf dem Niveau C1 verfüge. Herr Dr. vom Bruch weist darauf hin, dass die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt noch vertieft werden könne, da mit dieser Vorlage zunächst der Entwurf in das Beteiligungsverfahren gegeben werde.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf der Verordnung für die Anerkennung einer für das Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Prüfung für dieses Lehramt (VSeiteneinstieg A) zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 8 Weiterentwicklung der „Verordnung über die Ausbildung der Lehramtsreferendarinnen und –referendare im Vorbereitungsdienst und über die Zweite Staatsprüfung für die Lehramter an öffentlichen Schulen

(Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter – APO-L)

Frau Vogt weist darauf hin, dass die in der Vorlage angesprochene Lehramtsausbildung ein „dickes Brett“ sei und merkt an, man solle die Ausbildung im Grundschullehramt auf 3 Fächer ausweiten aber gleichzeitig „entschlacken“. Der Personalrat Schulen weist auf die seiner Auffassung nach hohe Belastung der Referendar/-innen, sowie den Umstand hin, dass diese teilweise bereits Klassenleitungen übernehmen. Frau Senatorin Dr. Bogedan erklärt daraufhin, dass das Referendariat vorrangig der Ausbildung und nicht der Bedarfsdeckung diene. Es sei jedoch nicht sinnvoll, die Anforderungen an die Ausbildung zu sehr zu senken, da das Referendariat auf die Anforderungen des Lehrberufes vorbereiten müsse. Frau Dr. Buhse weist darauf hin, dass die Grundschullehramtsausbildung bereits aktuell 3 Fächer beinhalte, von denen jedoch Mathematik und Deutsch verpflichtend zu studieren seien.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf für die neue „Verordnung über die Ausbildung der Lehramtsreferendarinnen und –Referendare im Vorbereitungsdienst und über die Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter an öffentlichen Schulen (Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter – APO-L) zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 9 Verordnung zur Neuregelung von Zuständigkeiten in elementar- und sozialpädagogischen Berufen

Herr Dr. vom Bruch weist darauf hin, dass die vorgelegte Verordnung aus der bereits vorgelegten gesetzlichen Regelung zur Übertragung von Zuständigkeiten für die Kindertagesbetreuung auf die Senatorin für Kinder und Bildung folge, der seine Fraktion nicht zugestimmt habe. Aus diesem Grund werde er sich bei dieser Abstimmung enthalten. Auf seine Frage erläutert Herr Staatsrat Pietrzok, die Verordnung werde nunmehr entfristet, da sich die mit der Befristung verbundene Zielsetzung einer späteren Überprüfung nicht als erforderlich erwiesen habe.

Beschluss: 7 Stimmen dafür (SPD, B90/Grüne, Frau Senatorin Dr. Bogedan), 5 Enthaltungen (CDU, DIE LINKE, FDP)

Die Deputation für Bildung stimmt der „Verordnung zur Neuregelung von Zuständigkeiten in elementar- und sozialpädagogischen Berufen“ zu.

TOP 10 Verschiedenes

Der Bericht über den Umsetzungsstand der Leitungszeitverordnung (L503/19) wird vorgelegt.

Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht, ob das am Dienstgebäude der Senatorin für Kinder und Bildung angebrachte Gerüst gekauft oder angemietet worden sei. wird.

Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch, wann mit der Vorlage der Zuweisungsrichtlinie gerechnet werden könne, erläutert Herr Staatsrat Pietzok, dass diese voraussichtlich im Februar 2016 vorliegen werde.


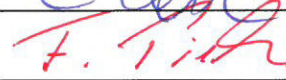

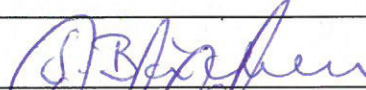


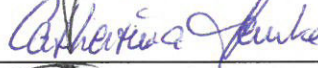
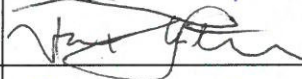
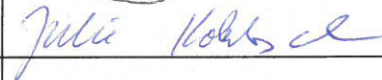
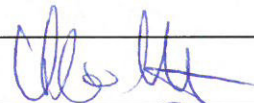
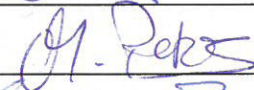
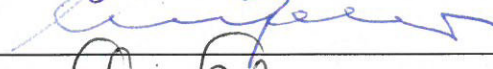
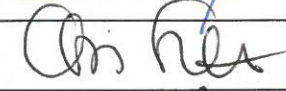
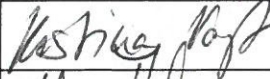
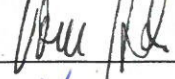
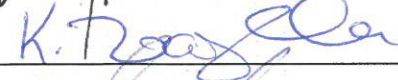

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.00 Uhr.

Anwesenheitsliste

Deputation für Kinder und Bildung (staatlich + städtisch)

19. Wahlperiode der Wahlperiode 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16.12.2015	14:30 Uhr	19.05 Uhr	Rembertiring 8-12

Mitglieder der Deputation	Unterschrift *)	Bemerkungen
Senatorin Dr. Claudia Bogedan		
Staatsrat Frank Pietrzok		
Acar, Mehmet Sirri Krümpfer, Petra		Land
Ahrens, Sandra		Stadt
Bösch, Sybille		Land
Güldner, Dr. Matthias		Land/Stadt
Güngör, Mustafa		Land/Stadt
Hanke, Catharina		Land
Jentschke, Franz		Stadt
Kohlrausch, Julie		Land/Stadt
Krümpfer, Petra		Stadt
Müller, Dr. Henrike		Land
Peters, Monika		Land + S
Rohmeyer, Claas		Stadt
Schnittker, Christine		Land
Vogt, Kristina		Land/Stadt
Vom Bruch, Dr. Thomas		Land/Stadt
Wargalla, Kai-Lena		Stadt
Weigelt, Helmut		Stadt

*) Hinweis: Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i. V. unterschreiben